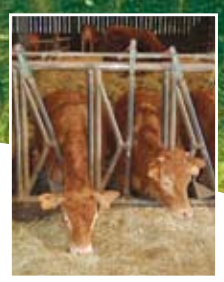
Kéisecker-Info n°6/08

de Kéisecker INfo

PERIODIQUE DU MOUVEMENT ECOLOGIQUE ASBL
Paraît au moins 12 fois par an



mouvement écologique

6, rue Vauban – L-2663 Luxembourg – Tél: 43 90 30 1 – Fax: 43 90 30 43
meco@oeko.lu – www.oeko.lu

CCPL LU16 1111 0392 1729 0000
BCEE LU20 0019 1300 1122 4000

EDITORIAL - EDITORIAL - EDITORIAL - EDITORIAL - EDITORIAL - EDITORIAL

Diese Nummer des Kéisecker-Info spiegelt die Arbeit von Mouvement Ecologique und OekoZenter Letzebuerg besonders gut wieder: von grundsätzlichen Kritiken am Wohnungsbaupakt über eine kritische Stellungnahme zu den "Erfolgen" Luxemburgs im Klimaschutz hin zu den Umweltwochen, "Alles op de Velo" und bis zur Initiative "Grüne Hausnummer".

Es ist sicherlich diese Vielfalt - diese Mischung von konstruktiver Kritik und eigener zukunftsorientierter Projekte - die den Mouvement Ecologique und seine Regionalen sowie das OekoZenter Letzebuerg auszeichnen. Wenn man sich die Personaldecke des Mouvement Ecologique (2 Personen für Projekte sowie 1,5 Posten für Sekretariat) sowie des Zentrums ansieht, so ist die geleistete Arbeit mehr denn bemerkenswert. Nach teilweise 15-20 Jahren von treuen Mitarbeitern im Zentrum und im Mouvement Ecologique findet derzeit z.T. ein durchaus nachvollziehbarer Wechsel im Personal statt, so dass in letzter Zeit einige Stellen ausgeschrieben wurden. Dabei ist jedoch bemerkenswert, wie lange zahlreiche Mitarbeiter ihre Kraft in Mouvement Ecologique / Zentrum investierten.

Doch diese Ausschreibungen dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass die Kraft und Stärke von Méco und OekoZenter nach wie vor auf dem aktiven Engagement von zahlreichen ehrenamtlichen Mitgliedern sowie auf der ideellen Unterstützung seiner Mitglieder fusst. Ein warmes Dankeschön an dieser Stelle!

Was geleistet und auch erreicht wurde ist bemerkenswert ... Und verfolgt man die derzeitige Energiedebatte, so denkt sich wohl auch so manch einer: "Bereits vor 10-20 Jahren verwiesen Umweltschützer darauf, die Energiepreise würden drastisch ansteigen; die Energiereserven würden knapp ... große Probleme kämen auf uns zu, wenn nicht ein Umdenken in der Energiepolitik stattfinden würde." Was heute geschieht, ist uns somit nicht auf den Kopf gefallen. Nein, auch die Politik, die Wirtschaft ... wollten während Jahren und Jahrzehnten die Augen vor der Entwicklung verschließen. Sie bejammern heute hohe Energiepreise... Dabei war es nur allzu logisch, dass diese letztlich ansteigen würden.

Die heutige Entwicklung macht in einem gewissen Sinne Mut: Ja, die ökologische Bewegung hatte vielfach Recht: mit ihren Befürchtungen um die Entwicklung im Energiebereich! Mit ihren Vorschlägen zum Energiesparen, Erneuerbaren Energien ....! Doch sich darauf auszuruhen, dass man Recht hatte, reicht nicht aus. Stellt sich die Frage: Haben wir als Gesellschaft die Lehren aus dieser Situation gezogen? Wenn Umweltbewegungen jetzt darauf hinweisen, Atomkraft sei keine Zukunftsenergie (neben allen anderen Fakten ist auch die Basisressource Uran begrenzt); anführen, Klimaveränderungen hätten verheerende ökonomische Auswirkungen ... Wird dem heute mehr Gehör geschenkt? Rhetorisch: ja... In ganz konkreten Alltagsentscheidungen jedoch vielfach nein...! Die Atomkraft versucht mit einigem Erfolg eine Renaissance, Luxemburg verhandelt Sonderstellungen im Kyoto-Bereich, da wir die Klimaziele nicht erreichen könnten.

Die Antwort auf diese Entwicklung kann Resignation sein ... oder Konsequenz zeigen. Ein Mehr Engagement für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung! Mehr Mitglieder auch für ein Mouvement Ecologique. Die Oeko-Foire bietet eine Gelegenheit. Überzeugen Sie Ihre KollegInnen und Freunde zur Oeko-Foire zu kommen und dort Mitglied zu werden! Und schicken Sie uns Ihre Meinung und Anregungen: www.oeko.lu

De Mouvement Ecologique a seng Régionale "Westen" a "Miersch an Ëmgéigend", an Zesummenaarbecht mat de Gemenge Koplescht, Mamer a Miersch an der "Lëtzebuerger Vëlos-Initiativ" invitéieren häerzlech op

"Alles op de Vëlo" am Mamerdall

Sonndes, den 20. Juli 2007

D'Stréck tëschent Mamer a Miersch gehéiert vun 10.00 bis 18.00 Auer just dem Vëlo an dem Foussgänger

Nutzen Sie die Gelegenheit und fahren Sie alleine, mit Ihrer Familie oder mit Freunden im schönen Mamertal Fahrrad. Genießen Sie die Fahrt durch die Wälder, entlang von Wiesen und Lichtungen: kein Auto stört Sie. Denn die ansonsten so gefährliche Straße ist den ganzen Tag lang für den motorisierten Verkehr gesperrt. Ein unbeschwertes Fahrradvergnügen für die ganze Familie steht nun schon zum 13. Mal bevor!

Sie können bequem mit dem Zug zum Start in Mamer oder Mersch fahren; die Mitnahme der Fahrräder im Zug ist kostenlos. Die Strecke Mamer-Mersch beträgt 15km, 30km bei Hin- und Rückfahrt. Falls Sie nur eine Teilstrecke fahren möchten, können Sie den gratis Busservice ab 13.00 Uhr zwischen den Ortschaften Mamer Kopstal und Mersch in beide Richtungen nutzen.

Auf den verschiedenen Etappen in Mersch, Schoenfels, Kopstal und Mamer wird ein Rahmenprogramm für gross und klein angeboten und für Verpflegung, teilweise auch in Bioqualität, ist bestens gesorgt. Außerdem gibt es Pannenhilfen und an den Ständen des Mouvement Ecologique in Mamer und in Mersch können Sie eins der neuen T-Shirts aus biologisch angebauter Baumwolle mit dem "Alles op de Vëlo" – Motiv kaufen.

Für die Sicherheit ist wie immer sehr gut gesorgt dank der Mithilfe der zuständigen Polizeistellen, der P&Ch und den örtlichen Feuerwehren. Für Notfälle gibt es in Mamer, Kopstal und Mersch einen Ambulanzdienst.

Wir möchten auch auf den "Mierscherlaf(15km)", organisiert von der Mierscherlaf a.s.b.l. hinweisen, der anschließend an den Fahhrradtag stattfinden wird: Start um 18h00 in Mamer, Ankunft in Mersch. Die Strecke bleibt während der Zeit des Laufs selbstverständlich gesperrt **(www.mierscherlaf.lu).**

Alle weiteren Infos zum Ablauf von "Alles op de Vëlo" mit Busplan bekommen Sie demnächst per Post und auf **www.oeko.lu.**

Jede Hilfe an den Ständen des Mouvement Ecologique ist an diesem Tag sehr willkommen! Wer dabei sein möchte kann sich melden unter der Nummer 43 90 30-1.
Vielen Dank!

An Zesummenarbecht mat de Gemengen KOPLESCHT, MAMER A MIERSCH

CFL velocenter goedert P&T LUXEMBOURG

Der Mouvement Ecologique lädt Sie herzlich ein zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung

Umsetzung des IVL-Konzeptes: Jenseits von Gut und Böse?

am Dienstag, den 8. Juli von 18.15 - 20.00 Uhr im Audimax der Universität Luxemburg, Campus Walferdingen

mit Innenminister Jean-Marie Halsdorf sowie Romain Diederich, erster Regierungsrat in der Direktion „Landesplanung" des Innenministeriums

Ende Mai hat Innenminister J.M. Halsdorf einen Bericht über die Umsetzung des IVL-Konzeptes vorgestellt. Dieser untersucht anhand einer Reihe von Indikatoren in wieweit eine Reihe von Grundaussagen des IVL-Konzeptes in der Praxis ihren Niederschlag gefunden haben, oder auch nicht.

Anhand einer Projektion werden im Laufe der Veranstaltung die wichtigsten Erkenntnisse sowie die vom Innenministerium gezogenen Schlußfolgerungen vorgestellt. Dies erfolgt anhand konkreter Beispiele und statistischer Belege.

Nach der Vorstellung der Datenlage durch Romain Diderich wird Innenminister J.-M Halsdorf die Daten kommentieren sowie die weitere Strategie des Ministeriums darlegen.

Anschließend ist eine Diskussion vorgesehen. Unter anderem werden folgende Schwerpunkte angeschnitten:

- Welche Gemeinden / Regionen sind wie stark angewachsen, inwiefern entspricht diese Entwicklung den gesetzten Zielen der Landesplanung?
- Inwiefern wurden die sogenannten zentralen Orte gestärkt?
- Erfolgte die erwünschte Dezentralisierung von Aktivitäten?
- Wie steht es mit dem Anspruch einer dichteren, Flächen sparenderen Siedlungsentwicklung?
- Entwickelt Luxemburg sich wie gewünscht in Richtung Einwohner-szenario (also gezielte Erhöhung der Einwohneranzahl) oder nach wie vor in Richtung weitere Zunahme der Grenzpendler?
- Modal split: Wie ist der Trend, was den Anteil von öffentlichem und individuellem Transport anbelangt?
- Wie steht es mit der Zersiedlung der Landschaft, mit dem Urbanisierungsdruck auf den Grünflächen im Umfeld und zwischen den Siedlungszentren?

Ein besonderes Augenmerk der Analyse galt der Entwicklung in den Regionen Süden und Zentrum, der „Nordstad" und dem Alzettetal sowie dem ländlichen Raum und der sog. „ceinture verte interurbaine".

Eine Veranstaltung, die sich an alle interessierten BürgerInnen, an Mitglieder von Umweltorganisationen, an Gemeinderäte, Mitglieder von beratenden Kommissionen in Gemeinden, technische Dienste der Gemeinden, Studienbüros... richtet.

ArcelorMittal – Das Grubenunglück in Kasachstan bestätigt die Forderungen von Nicht-Regierungsorganisationen

Im Mai dieses Jahres fand erneut ein Unfall in Kasachstan statt. Gemeinsam reagierte die Plattform "on ArcelorMittal", in der auch der Mouvement Ecologique Mitglied ist.

„Global Action on ArcelorMittal" ist entsetzt über das rezente Unglück in den ArcelorMittal-Gruben von Tentekskaya in der Region Karaganda in Zentralkasachstan. Es wird befürchtet, dass fünf Grubenarbeiter den Tod bei einem Unglück am frühen Morgen des 2. Juni 2008 fanden, nach einem Einsturz und einem Methanleck. Dies ist bereits das zweite Unglück in einer kasachischen Grube dieses Konzerns, denn im Januar starben 30 Bergarbeiter bei einer Grubenexplosion. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Familien der Bergarbeiter, die ihr Leben verloren.

Im Rahmen eines Treffens mit Vertretern von ArcelorMittal, das im Mai 2008 in Luxemburg stattfand, zeigten sich die Mitglieder von „Global Action on ArcelorMittal" besorgt angesichts der mangelhaften Sicherheitsnormen und der überholten Technologie, die immer noch in den Gruben in Kasachstan eingesetzt wird. Mitglieder der Gemeinschaft und Gruppen aus Ländern wie Südafrika, der Tschechischen Republik und den Vereinigten Staaten gaben ebenfalls ihrer Besorgnis Ausdruck angesichts der starken Umweltverschmutzung, des niedrigen Gesundheits- und Sicherheitsstandards und des Impakts auf Gemeinschaften anderer ArcelorMittal-Stahlwerke. Die Gesellschaft betonte, dass wichtige Maßnahmen bereits umgesetzt wurden und dass Sicherheit sowie Umweltaspekte in Zukunft oberste Priorität innerhalb der Gesellschaft genießen werden. Das nur wenige Wochen nach diesem Treffen eingetretene Grubenunglück in Kasachstan ist aber äußerst problematisch und zeigt den dringenden Handlungsbedarf.

Im April 2008 berichtete das Büro des Staatsanwalts der Region Karaganda, die Hauptursache der Unglücke in den kasachischen Gruben seien die schlechten Arbeitsbedingungen, die weder Gesundheits- noch Sicherheitsstandards entsprechen, fehlende Maßnahmen zugunsten sicherer Arbeitsbedingungen und absolut veraltete Betriebsanlagen. Bei einer Sitzung der Dienststelle des Staatsanwalts im April 2008 berichtete Vladimir Pfarger, Leiter des Amts für Notfälle und industrielle Sicherheitskontrolle der Region Karaganda, von Fällen in denen alte Lüftungsanlagen in den Gruben durch veraltete Anlagen ersetzt wurden, die aus geschlossenen Kohlengruben stammten. Die Arbeitsgesetzgebung wird in fast allen Kohlengruben verletzt, da die Arbeiter nicht mit einer ausreichenden und funktionellen persönlichen Schutzausrüstung ausgestattet sind.

Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsleitung die Kohleproduktion seit 1997 verdoppelt. Mittal ist seit 1995 in Kasachstan tätig, und die Gesellschaft erhielt seit 1997 über 400 Millionen USD an öffentlichen Darlehen mit niedrigem Zinssatz vom Privatsektorzweig der Weltbank, der Internationalen Finanzkorporation (IFC) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD). Diese öffentlichen Geldgeber behaupten, ihre Unterstützung habe dazu beigetragen, die Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltstandards der Gesellschaft auf westliches Niveau zu bringen. Die tödlichen Unfälle in den Gruben von Karaganda lassen aber starke Zweifel daran aufkommen, wie effektiv der Stahlriese ArcelorMittal diese öffentlichen Gelder einsetzt.

Wir möchten ArcelorMittal nachdrücklich dazu auffordern, die Umsetzung der Maßnahmen zur Verhinderung tödlicher Unfälle sowohl in Kasachstan als auch in seinen anderen Werken in der ganzen Welt zu beschleunigen, seine Pläne regelmäßig bekanntzugeben und von seinen Fortschritten bei der Verbesserung seiner Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsleistungen zu berichten.

Global Action on ArcelorMittal
(Bei Global Action on ArcelorMittal handelt es sich um ein Bündnis von Gemeinschafts- und Umweltgruppen aus verschiedenen Ländern, in denen ArcelorMittal seine Stahlwerke und Kohlengruben betreibt. Das Bündnis unterstützt den Kampf der Gemeinschaften und versucht den weltgrößten Stahlhersteller verantwortlich zu machen für die sozialen und umweltbezogenen Auswirkungen seiner Tätigkeiten).

Unterschrieben von:

- Mouvement Ecologique / Friends of the Earth, Luxembourg
- CEE Bankwatch Network
- Ohio Citizen Action
- The GARDE program of Environmental Law Service,
- Karaganda Ecological Museum, Bukhar-Zhyrau av., 47
- Vaal Environmental Justice Alliance
- Groundwork USA
- Cleveland Service Agency
- groundwork/Friends of the Earth South Africa
- Friends of the Earth, International
- Friends of the Earth, Europe.

Neue Sekretariatsstelle im Mouvement Ecologique

Anbei finden Sie die Ausschreibung einer Sekretariatsstelle im Mouvement Ecologique. Während nunmehr 15 Jahren erfüllte Monique Hoffmann diese Stelle. Monique war weitaus mehr als das "klassische Bild" einer Sekretärin: Monique mischte aktiv im Mouvement mit, äußerte konsequent ihre fundierte Meinung, prägte zahlreiche Veranstaltungen und Initiativen ent-scheidend mit – wie die Oeko-Foire, die sie mit Engagement und Begeisterung mitorganisierte – und hatte im positiven Sinne eine "Fundi-Rolle" im Mouvement Ecologique. Konsequenter öffentlicher Transport und Radverkehr, konsequente Förderung von Transfair und Bio ... Monique wusste – neben ihren menschlichen Qualitäten - diese und andere Anliegen überzeugend zu vertreten. Monique Hoffmann macht aus ihrer zweiten Passion einen Beruf und leitet nunmehr Radreisen und verkauft Artikel zum Thema Radverkehr (und wird mit einem Stand auf der Oeko-Foire vertreten sein). Monique gehört unser ehrlicher Dank für dieses jahrelange Engagement. Viel Glück in ihrem neuen Arbeitsfeld wünschen wir alle.

Gleichzeitig aber auch ein Appell an interessierte Mitglieder sich für die freigewordene Stelle zu bewerben. Die Sekretariats-stelle bietet einen interessanten Mix aus "klassischer" Sekretariatsarbeit und der Begleitung von Projekten ("Alles op de Velo", Oeko-Foire ...). Gefragt ist vor allem auch Interesse an Umweltthemen. Demnach: Avis aux amateurs!

De Mouvement Ecologique sicht en/g

ADMINISTRATIV(E) SEKRETÄR/IN

32-40 Stonnen (à durée indéterminée)

ÄR AUFGAB

- Accueil
- Allgemengt Sekretariat
- Administrativ Koordinatioun vu Projeten an Aktiounen

ÄRE PROFIL

- Interessi un Ëmweltthemen
- Kontaktfreedegkeet
- Gutt Kenntnisser vun der däitscher, franséischer a lëtzebuerger Sprooch
- Ausbildung am Sekretariatsberäich oder gleichwäerteg
- Minimum 3 Joer Berufserfahrung

MIR BIDDEN

- E villsäitegt a verantwortungsvollt Aufgabegebitt
- Aarbecht an engem flotten Team mat Initiativméiglechkeeten
- Aarbechtszäit: 32-40 Stonne / Woch

W.e.g. adresséiert Är Kandidatur mat CV
bis den 9. Juli 2008 un de
Mouvement Ecologique
6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg
meco@oeko.lu, www.oeko.lu

mouvement écologique

Pacte logement: Bankrotterklärung der Landesplanung

Vor einer Woche stellte Innenminister J.-M. Halsdorf sowohl der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkammer als auch der Öffentlichkeit die Aktualisierung der IVL-Daten vor. Die Analyse war eindeutig: bis dato wurden die heeren Ziele der Landesplanung nicht berücksichtigt: die Entwicklung Luxemburgs entspricht nicht den Zielvorstellungen.

Erneut wurde thematisiert, dass Probleme wie u.a. die Organisation der Mobilität, die Zersiedlung der Landschaft nur mit einer konsequenten Landesplanung, die in alle sektorielle Politikbereiche eingreift, wirklich gelöst werden könnten. Die ungebremste Zersiedlung in den Randbereichen der Siedlungskerne, die sogenannte "Rurbanisierung", stellt dabei ein zentrales Problem dar, ebenso wie das übermässige und vielfach nicht angepasste Anwachsen von „kleineren" Ortschaften.

Knapp eine Woche nach diesen (erneuten) Erkenntnissen verabschiedet die Abgeordnetenkammer heute den Pacte logement. Dabei wird (neben positiven Elementen des pacte logement) in völlig unverständlicher Art und Weise nicht nur die Chance verpasst das Konzept der Landesplanung mit Leben zu füllen. Die Grundidee der Landesplanung und des IVL-Konzeptes wird vielmehr mit dem "pacte logement" mit Füssen getreten. Sollen doch alle Gemeinden, unabhängig davon, wie wünschenswert gemäss Landesplanung deren stetiges Anwachsen ist, für eine erhebliche Zunahme der Bevölkerung stärker vom Staat finanziell unterstützt werden.

Hiermit verabschiedet sich die Regierung und Abgeordnetenkammer definitiv von ihrer Glaubwürdigkeit in Sachen Landesplanung! Es ist politisch nicht länger tragbar, dass wahllos das erhebliche Anwachsen von Ortschaften gefördert wird, dass beim pacte logement kein Zusammenhang mit dem sektoriellen Plan „Wohnungsbau" hergestellt wurde. Dieser soll – davon sollte man ja wohl ausgehen - bekanntlich aus der Sicht der Landesplanung prioritär Siedlungsräume auf regionaler Ebene definieren. Bis dato ist nicht gewusst, wie der Stand der Arbeiten an diesem sektoriellen Plan ist. Ein Zusammenhang mit diesem sektoriellen Plan wurde jedenfalls nicht hergestellt.

Bedenklich ist zudem, dass eines der Ziele des Nachhaltigkeitsplanes, nämlich das „flächensparende Bauen" nicht als Kriterium für den „pacte logement" berücksichtigt wurde.

Letztlich steht der „pacte logement" auch für das Versagen in Sachen Reform der Gemeindefinanzen: Denn die zusätzlichen finanziellen Zuwendungen an die Gemeinden für ein Anwachsen der Bevölkerungszahl wurden nur deshalb "erforderlich", weil seit zig Jahren die dringend notwendige Gemeindefinanzreform nicht durchgeführt wird.

Doch wie sagte F. Boden sinngemäss auf einem Rundtischgespräch des Mouvement Ecologique: "*Ech si lo esouvill Joeren an der Regierung, an ech trauen der Saach net, datt des Reform nach kennt".* Und last but not least: Hier werden erneut Staatsgelder mit der Gießkanne verteilt: statt gezielt dort aktiv zu werden, wo der Staat wirklich gefordert wäre – sozialer Wohnungsbau, Mietwohnungen – erhalten Gemeinden wahllos Gelder für ein Anwachsen, ob sie sie benötigen oder nicht.

Somit ist das Votum des pacte logement heute sicherlich alles andere wie eine Sternstunde aus der Sicht der Landesplanung. Im Gegenteil.

Es tut sich derzeit so manches im Mouvement Ecologique und OekoZenter Lëtzebuerg. Bei Redaktionsschluss dieses Infos fanden 2 Pressekonferenz statt, zum Thema "Trinkwasserschutzgebiete" sowie zum Projekt "OekoTopten".

Im nächsten Info wird hierüber berichtet. Aber wie immer: Alle Infos finden Sie auf unsere homepage www.oeko.lu.

Das neue J

Wesentliche positive Neuerungen – d

Der Mouvement Ecologique sowie die „Lëtzebuerger Natur- a Vulleschutzliga" bezogen gemeinsam Stellung zum Entwurf des neuen Jagdgesetz. Beide Organisationen begrüssen ausdrücklich eine Reihe zentraler Neuerungen des vorliegenden Entwurfes . Die Grundorientierung des Entwurfs steht in der Tat für ein zeitgemäßes Gesetz. Doch auch einige Verbesserungen drängen sich auf.

Vor allem folgende Elemente sind nach Ansicht der Umwelt- und Naturschutzorganisationen als positiv zu werten:

Respekt des Gemeinwohls und den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung

Die Jagd ist in Zukunft nur dann zulässig, wenn sie dem Gemeinwohl („intérêt général") dient und den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung gerecht wird. Auch wenn diese Bestimmungen (siehe Kommentare zu Artikel 2) noch weiter spezifiziert werden sollen, ist diese Grundausrichtung des Gesetzesentwurfes ausdrücklich zu begrüßen.

Fütterungsverbot

Ebenso von Relevanz ist das Fütterungsverbot, was durchaus als wichtiger Meilenstein angesehen werden kann.

Ausgewogene Balance zwischen den Rechten des Einzelnen und der notwendigen Regulation des Wildbestandes

Ausdrücklich begrüßen LNVL sowie der Mouvement Ecologique auch die Tatsache, dass es mit dem vorliegenden Gesetz endlich ermöglicht werden soll, dass alle Menschen, welche ethische Gründe gegen die Jagd anführen („opposant éthique") ihre Ländereien (unter spezifischen Bedingungen) aus dem Jagdsyndikat herausnehmen können. Dieser Schritt war nach dem Gerichtsurteil aus Straßburg notwendig geworden, nachdem die Richter die Zwangsaufnahme in ein Jagdsyndikat als Verstoß gegen die Menschrechte werteten. Noch versucht die Jägerschaft diesen Schritt zu verhindern, indem auf ein anhängiges Urteil in derselben Frage gegen Deutschland gewartet werden soll. Derzeit scheint es als ob die Jäger das gesamte Jagdgesetz auf Eis legen möchten, um dieses Urteil abzuwarten und gegebenenfalls das luxemburger Jagdrecht an das deutsche anzupassen und so doch noch die Zwangsmitgliedschaft durchzuboxen (wohlverstanden nur dann, wenn Deutschland in Straßburg, entgegen aller Erwartungen, Recht bekäme). Dabei übersieht die Jägerschaft aber eine andere, möglicherweise viel wichtigere Frage: Wird die Jagd in unserer modernen Zeit überhaupt gesellschaftsfähig bleiben, wenn sie nicht in der Lage ist, Neuerungen zu akzeptieren? Ist es nicht gerade diese Bereitschaft, die ethische Überzeugung Einzelner zu respektieren, welche den gesellschaftlichen Druck von der Jagd zumindest teilweise nehmen wird? Nebst dem Respekt vor den berechtigten Überzeugungen jeden Einzelnen gilt es jedoch auch möglichst gesunde und reichhaltige Ökosysteme an die zukünftigen Generationen vererben zu können, damit diese ebenfalls von den vielfältigen Leistungen v.a. der Wälder profitieren können. Das Gesetz bietet eine Reihe Garantien, sodass es nicht zu unzumutbaren Zuständen z.B. überhöhte Schalenwilddichten mit entsprechenden Folgen für die Artenvielfalt im Revier kommen kann: nur Einzelpersonen können ihre Ländereien aus der Jagd herausnehmen, dann aber nicht ausgewählte Parzellen, sondern ihre gesamten Ländereien in allen Revieren; auf diesen Flächen haftet der Besitzer selbst für die Wildschäden, muss aber auch für die Wildschäden im Revier mithaften und bezahlen; weiterhin muss er die Nachsuche von verletztem Wild, auch mit der Waffe und mit Hund zulassen (allein aus Tierschutzgründen sind diese Auflagen unabdingbar); weiterhin ist dort ebenfalls auch eine „chasse administrative" bei zu hohen Wilddichten erlaubt. Was wird für die Jagd also schwerer wiegen: eine ausgewogene Umsetzung des Straßburger Urteils oder die Durchsetzung eigener Interessen mit allen Mitteln auf die Gefahr hin, in Zukunft nicht mehr gesellschaftsfähig zu sein?

Die „Lëtzebuerger Natur- a Vulleschutzliga" sowie der Mouvement Ecologique jedenfalls treten ohne Wenn und Aber für eine rasche Umsetzung eines neuen Jagdgesetzes und für das Prinzip des „opposant éthique" ein. Es kann doch nicht sein, dass Luxemburg seine Gesetzesbestimmungen von Urteilen in anderen Ländern abhängig machen würde.

Verbot der Beiz- und Fallenjagd

Positiv sind weitere Elemente des Entwurfes, wie z.B. dass ab jetzt die Beiz- und Fallenjagd explizit verboten sind (Art. 6).

Losgelöst von positiven Aspekten wie den genannten, drängen sich nichts desto trotz einige weitere sehr zentrale Verbesserungen am Gesetzesentwurf auf:

Anregung 1: „Nachhaltige Jagd" expliziter definieren (Artikel 2)

Es ist, wie bereits erwähnt, positiv zu werten, dass die Jagd in Zukunft dem Allgemeininteresse untergeordnet ist und den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung entsprechen muss. Jedoch gälte es die Kriterien der nachhaltigen Jagd doch deutlicher im Gesetz zu formulieren. U.a. sollte zusätzlich geregelt werden, dass

- das erlegte Tier sinnvoll verwertet werden muss (Nutzungsgebot);
- die Jagd auf Schalenwild im Hinblick auf eine der Biotopkapazität angepassten Dichte erfolgen muss;
- die Population anderer jagdbarer Wildarten (Hase, Kaninchen, Stockente ...) darf auch, weder durch die Nutzung selbst noch durch andere Faktoren, gefährdet werden;
- andere Arten oder ihr Lebensraum nicht beeinträchtigt werden dürfen;
- Störungen von Natur und Landschaft im Hinblick auf die jagdliche Tätigkeit minimiert werden müssen.

Anregung 2 Begriffsbestimmungen klären (Artikel 3)

Es wäre sinnvoll innerhalb der Definitionen noch zwei Verbesserungen durchzuführen:

- Alle Jagdeinrichtungen wie Hochsitze/Kanzeln, mobile Jagdleitern, ... sollten genauestens definiert werden. Weiterhin ist eine maximale Dichte der verschiedenen Jagdinfrastrukturen vorzuschreiben.
- Zusätzlich sollte der Begriff Wildacker aus jagdlicher Sicht definiert werden. Dies mit dem Ziel eindeutig festzulegen, dass es nicht über Wildäcker zu einer zusätzlichen Fütterung kommt. Siehe auch die Anmerkungen hierzu in Anregung 4.

Anregung 3 Kategorisierung der jagdbaren Arten festlegen (Artikel 4)

Eine der größten Schwachstellen des vorliegenden Entwurfes ist, dass keine Kategorisierung der wildlebenden Tiere in jagdbare resp. nicht jagdbare Arten vorgenommen wurde. Statt klarer Aussagen, statt zoologischer Fachbegriffe wie Schalenwild u.a.m ... wurde eine absolut veraltete Kategorisierung aus dem Feudalsystem übernommen.

Es wäre unbedingt notwendig Artikel 4 fundamental zu überarbeiten. So wie auch in modernen Gesetzgebungen im Ausland sollte im Gesetz selbst – und nicht mittels eines großherzoglichen Reglementes – bereits deutlich eine Kategorisierung erfolgen:

- Jagdbare Wildtierarten festlegen
  Es gilt eindeutig zu regeln, dass grundsätzlich nur - in Konformität zu den Zielen des Gesetzes in Artikel 1 und 2 - jene Wildtiere bejagt werden dürfen, welche wirklich einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden können bzw. deren Bejagung aus naturschützerischen Überlegungen sinnvoll ist.
  Die Liste der jagdbaren Arten ist daher auf die folgenden Arten zu beschränken: Rothirsch, Damhirsch, Reh, Mufflon, Wildschwein, Wildkaninchen, Feldhase, Fasan, Ringeltaube und Stockente.
  Gefährdete Arten wie beispielsweise das Rebhuhn, deren Bestandssituation auf absehbare Zeit eine nachhaltige Nutzung nicht zulässt, können erst dann wieder in die Liste der jagdbaren Arten aufgenommen werden, wenn sich stabile, ungefährdete Populationen entwickelt haben. Eine entsprechende Möglichkeit sollte im vorliegenden Gesetzesentwurf mittels großherzoglichem Reglement festgelegt werden.
- Verbot der Jagd auf Regulatoren / Beutegreifer
  Die Jagd auf Regulatoren (z.B. Fuchs und Marderartige) müsste in Artikel 4 formal untersagt werden, da diese Tierarten ihre natürliche Funktion in den Wildtierpopulationen ausführen sollen und müssen.
- Verbot der Jagd auf Haustiere: In diesem Artikel sollte ebenfalls ausdrücklich die Jagd auf Haustiere untersagt werden. Genau wie in Frankreich müsste ebenfalls die Jagd auf verwilderte Hauskatzen verboten sein.
- Großherzogliches Reglement: Außerdem ist die Ausführung des in Artikel 4 angeführten großherzoglichen Reglementes von herausragender Bedeutung. Hier sollte u.a. festgelegt werden, dass nur noch 3 Vogelarten zum jagdbaren Wild gehören: Ringeltaube, Stockente und Fasan. Es sind wohl auch die einzigen, die noch nachhaltig bejagt werden können.

Positiv ist jedoch, dass im vorliegenden Entwurf die Bezeichnung „espèces nuisibles" (also schädliche Arten) nicht mehr benutzt wird, die ist eines der wichtigen Zeichen zu einer ökologisch vertretbaren Jagd, die nicht dazu dienen soll, sog. „Schädlinge" - im Sinne von „Konkurrenten" für den Jäger" - zu reduzieren.

Wussten Sies
zur Kirrung a
sie gegenüber

Anregung 4 Den Begriff „Lockfütterung" definieren (Artikel 8)

Es ist positiv zu werten, dass die Fütterung von Wildtieren als solche mittels dieses Gesetzes explizit verboten werden soll. Diese positive Orientierung des Gesetzesentwurfs kann jedoch durch die weiterhin zulässige Lockfütterung / Kirrung unterwandert werden: in der Tat ist die Abgrenzung zwischen Fütterung und Lockfütterung nur sehr schwer möglich. An sich wäre deshalb ein Verbot der Lockfütterung sinnvoll – wenn sie denn doch zugelassen werden soll sind deutliche Abgrenzungen umso wichtiger. Insofern steht und fällt dieser Artikel des Gesetzes mit dem „règlement grand-ducal" in dem festgelegt werden wird, wo, wann und wie viel gekirrt werden darf. Entsprechend drängen die Umwelt- und Naturschutzorganisationen darauf, dass dieses Reglement umgehend verabschiedet werden muss. Eine entsprechende Zeitbestimmung sollte ins Gesetz aufgenommen werden. Bis zur Festlegung dieser Kriterien sollte die Kirrung ebenfalls verboten bleiben. Mithin wäre es sinnvoll an eine Umkehr der Kirrungserlaubnis zu denken. So wäre sie nicht a priori erlaubt, sondern a priori verboten, ausser unter den im Reglement enthaltenen Zulassungs-Bestimmungen.

Zweifellos müssen die ausgebrachten Mengen so minimal sein, dass sie keineswegs mit einer verdeckten Fütterung verwechselt werden können! Insofern muss unbedingt eine mengenmäßige Beschränkung erfolgen ebenso wie eine zeitliche; die Kirrmittel sind zu definieren. Grundlage für die zeitliche Beschränkung der Lockfütterung sollten die entsprechenden Jagdzeiten der verschie-

agdgesetz:
och Nachbesserungen sind notwendig

? Gerne werden Wildarten in Luxemburg z.T. auch mit "golden delicious" ngelockt. So manches Wildtier liebt diese süsslicheren Äpfel, bevorzugt r den einheimischen manchmal bitteren... Eine verdrehte Welt ...

denen Arten sein oder aber spezifische Gründe (z.b. Impfkampagnen im Falle einer Seuche,...). Sie sollte entsprechend auch so angelegt sein, dass sie grundsätzlich artspezifisch und für andere Wildarten nicht zugänglich ist.

Leider wurde versäumt die Wildäcker mit in dieses Verbot hineinzunehmen. Dabei werden auch gerade sie gezielt zu Fütterungszwecken angelegt. Naturschutz und Jägerschaft sollten sich in Zukunft für extensive Wiesen und Buntbrachen einsetzen, während Wildäcker mit Mais, Kartoffeln, Topinambur ... u.ä. nichts anderes als die Weiterführung der Fütterung mit anderen Mitteln sind. Sie sollte explizit verboten werden.

Anregung 5
Obligatorische Abschusspläne basierend auf „Weiserflächen" einführen (Artikel 9)

Neue Bestimmung im vorliegenden Entwurf ist die Möglichkeit bzw. die Pflicht, einen Abschussplan mit minimalen und maximalen Abschusszahlen („plans de tir") festzulegen.

Eine nachhaltige Nutzung der jagdbaren Arten setzt jedoch die obligatorische Erstellung eines derartigen Abschussplanes voraus und nicht lediglich eine „Kannbestimmung". Insofern sollte nicht nur die Möglichkeit, sondern die Obligation derartiger Pläne festgeschrieben werden! Dabei muss gewährleistet werden, dass diese Abschuss-Pläne von Wildbiologen aufgrund von Weiserflächen erstellt werden, d.h. aufgrund fachlicher Kriterien. Weiserflächen sind kleinflächige eingezäunte Areale die zeigen, wie sich ein Wald ohne Verbissschäden entwickeln würde und entsprechend als Zeigerflächen fungieren können.

- Entsprechend wird vorgeschlagen, innerhalb des Gesetzes selbst fest zu legen, dass 2 Jahre nach Verabschiedung des vorliegenden Gesetzesentwurfes obligatorische Abschusspläne für die jagdbaren Arten von Artikel 4 vorliegen müssen, vor allem für Schalenwild:
- Diese Pläne sollen künftig von regionalen „conseils cynégétiques" festgelegt werden, bisher gab es nur ein einziges nationales „conseil cynégétique".
- Von eminenter Bedeutung ist aber auch, dass die Abschusspläne aufgrund von sogenannten „Weiserflächen" festgelegt werden. Erst aufgrund der zu jagenden Gebiete und regionaler Weiserflächen sollten die zulässigen bzw. erforderlichen Abschusszahlen festgelegt werden. Im vorliegenden Entwurf sollte deshalb unbedingt das Prinzip der „Weiserflächen" verankert werden. Der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Weiserflächen, die Überwachung sowie die darauf basierende Festlegung der Abschusspläne muss unbedingt von Fachleuten, z.B. Wildbiologen, übernommen werden. Entsprechend qualifizierte Wissenschaftler müssen demnach in den regionalen „conseils cynégétiques" vertreten sein. Diese Fachleute sollten ebenfalls im „Conseil Supérieur de la chasse" vertreten sein.

Anregung 6
Entschädigungen aufgrund fachlicher Kriterien festlegen
(Kapitel 7)

Die Festlegung von Schäden muss auf objektiver Basis erfolgen. Insofern sollte sie auch in Auswertung der Weiserflächen und der festgelegten „plans de tir" erfolgen (siehe Artikel 9). Diese Vorgabe sollte explizit im vorliegenden Gesetz festgehalten werden.

Außerdem ist es wichtig, dass die Evaluierung der Schäden durch Fachleute erfolgt. Auch hier könnten die in Anregung 5 geforderten Wildbiologen die entsprechenden Fachkenntnisse liefern.

Anregung 7
Treibjagden nur aufgrund wissenschaftlicher Kriterien durchführen (Artikel 55)

Gatterjagd ist nun prinzipiell verboten (Art. 10), ebenso wie das Aussetzen (Art. 15) oder die Aufzucht (Art. 16) von Wildtieren. Dies ist grundsätzlich zu begrüssen.

Dieser Gesetzesvorschlag ermöglicht auch, sogenannte „Polizeijagden" („chasses administratives") auszuführen, im Falle von überhöhten Wildbeständen, bei illegal ausgesetzten Wildtieren oder sanitären Problemen.

Treibjagden bleiben weiterhin umstritten: umso wichtiger ist es sie optimal zu regeln. Nach Ansicht der Umwelt- und Naturschutzorganisationen

- kann sie nur aufgrund von den in Artikel 9 genannten Abschlussplänen erfolgen sowie von qualifizierten Jägern;
- sollte explizit im Gesetz festgehalten werden, dass eine Treibjagd ohne geprüfte Schweisshunde verboten ist;
- muss eine Treibjagd nach dem Prinzip der sog. Bewegungsjagd ausgeführt werden. Bei dieser Jagd kommen nur spurlaute Hunde zum Einsatz, das Wild flüchtet nicht panikartig, somit ist das Risiko von Fehlschüssen und die Gefahr von verletzten Tieren weniger gegeben.

Anregung 8
Eine ausreichende Jagdqualifikation gewährleisten (Artikel 61 / 69)

Es muss wohl nicht länger erörtert werden: zentral für die Wertung der Jagd sind die Qualifikationen der Jäger. Es kann und darf nicht sein, dass Personen, die nicht unbedingt treffsicher sind, Tiere quälen. Deshalb erachten es Mouvement Ecologique und Letzebuerger Natur- und Vogelschutzliga als äußerst wichtig, dass ein regelmäßiger Schießnachweis erbracht werden muss, sowohl auf stehende als auch auf bewegte Ziele. In den Artikel 61 und 67 sollte eindeutig geregelt werden, dass alle 3 Jahre ein entsprechender Schießnachweis erbracht werden muss.

Anregung 9
Jagdkontrolle durch Fachleute gewährleisten (Artikel 82)

Artikel 82 regelt, wer die Jagdkontrolle ausüben darf. Zitiert sei in diesem Zusammenhang aus einer Stellungnahme des NABU: "Jagdkontrolle durch geschulte Fachkräfte

Die Jagdausübung wird in Deutschland in aller Regel nur administrativ durch Behördenvertreter kontrolliert, die keine gesonderte Ausbildung hierfür haben. Vor Ort in den Jagdrevieren wird die Einhaltung der jagdgesetzlichen Bestimmungen nur in seltenen Fällen überwacht, und Verstöße bleiben zumeist ungeahndet. Der NABU fordert deshalb in Deutschland unabhängige, fachlich geschulte Jagdkontrolleure, wie es sie in fast allen modernen westlichen Staaten gibt. Sie sind einer eigenen Fachbehörde zuzuordnen"

Das gleicht gilt für Luxemburg. Auch wenn es bereits eine entsprechende Abteilung bei der Forstverwaltung gibt, so ist diese personell zu verstärken. Des Weiteren sollten bei der Polizei (police judiciaire et grand-ducale) sowie bei der Zollverwaltung jeweils besonders ausgebildete Dienststellen mit entsprechend geschultem Personal eingerichtet werden, um die mobilen Brigaden der Forstverwaltung unterstützen zu können."

Anregung 10
Zusammensetzung des «conseil supérieur de la chasse» abändern (Artikel 86)

Dem « conseil supérieur de la chasse » kommt eine zentrale Bedeutung zu. Fakt ist, dass die derzeitige Zusammensetzung eine sehr starke Gewichtung auf Akteure aus der Jagd legt. Méco und LNVL setzen sich für eine etwas ausgewogenere Zusammensetzung ein.

So treten wir dafür ein, dass zusätzlich

- jeweils mindestens ein Wildbiologe in diesen vertreten ist ((kommend ggf. aus einer regionalen „commission cynégétique");
- jeweils ein Vertreter von biologischen Stationen;
- ein Vertreter einer nationalen, repräsentativen Tierschutzorganisation.

Anregung 11
Weitere wesentliche Verbesserungen anbringen:

- Bleifreie Jagd gewährleisten
- Jagd in Schutzgebieten ausschließen(
- Mindestgröße der Jagdflächen
- Für ein korrektes Informationsrecht betreffend die Einberufung der Generalversammlung des „syndicat de chasse".
- Kurzfristige Interventionsmöglichkeiten bei Verstößen gewährleisten.

D'Ëmweltwochen 2008: en eischte Réckbléck

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist in aller Munde: Wie können wir heute leben, wohnen, arbeiten, mobil sein ... ohne Natur und Umwelt übermäßig zu belasten? Wie können wir heute leben, unter Berücksichtigung der Interessen der kommenden Generationen? Seit dem ersten Juni laufen die diesjärigen Umweltwochen unter dem Thema "Loscht op muer" und zeigen positive Beispiele auf.

Oft sind kleine Schritte, auf lokaler Ebene besonders bedeutungsvoll im Sinne der nachhaltigen Entwicklung, beispielsweise in der landwirtschaftlichen Produktion, in einer zukunftsorientierten Gestaltung von Siedlungen, in umweltschonenden und energie. effizienten Bauweisen und sinnvollen Mobilitätskonzepten. Es sind vielfach Initiativen, die von „unten" kommen, die auf-zeigen, wie attraktiv die Herausforderung "Zukunft" sein kann. Die Umweltwochen sollen Lust darauf machen, diese Ideen nachzuahmen. Viele Veranstaltungen fanden bereits statt, was uns die Gelegenheit gibt, einen Rückblick auf die vergangenen 2 Wochen zu werfen, denen bisher über 250 Interessierte teilgenommen haben.

Ein Grund für die Organisation der Umweltwochen war der Wunsch auf Misstände hinzudeuten und gleichzeitig Lösungsvorschläge und konkrete Schritte vor Ort in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung aufzuzeigen.

So fand beispielsweise am 1. Juni die Radtour "Ausbau vum Vëloswee Syrdall - Ubannung un dat nationalt Netz vun de Vëlosweeër" organisiert von der Regionale Syrdall auf einem fiktiven Radweg statt. Mit der Tour gingen folgende Forderungen beziehungsweise Vorschläge einher, die von der Presse aufgegriffen wurden.

Angesichts steigender Verkehrs- und Umweltprobleme, und auch wegen massiv steigender Energiepreise, erfreut sich das Fahrrad in Luxemburg einer immer größeren Beliebtheit. Das Fahrrad wird auch in Luxemburg als Transportmittel entdeckt! Der Veloswee Syrdall wird zur Zeit viel befahren, aber eignet sich nur bedingt als richtige Alternative, um das Auto innerhalb der Gemeinden

zu ersetzen. Es gibt zum einen keine sicheren Anbindungen an das nationale Fahrradwegenetz, und zum anderen keine sicheren Fahrradwege innerhalb der Ortschaften sowie zwischen dem Syrtal und der Stadt Luxemburg.

Deshalb die Forderung seitens der Regionale Syrdall:

- Allgemein ein regionales Fahrradkonzept – nicht nur für Freizeitzwecke, sondern als Transportmittel für den Alltag für die gesamte Region Syrdall.
- Eine sichere Anbindung an den PC1 zwischen Contern und Hesperingen. Hier fehlt ein Verbindungstück von 200 m, um den Veloswee Syrdall mit dem Feldwegenetz vonAlzingen und somit dem PC1 in Hesperingen (Richtung Luxemburg) zu verbinden!
- Ein sicherer Radweg von Sandweiler nach Pulvermühle. Das Benutzen der N1 istlebensgefährlich !
- Sichere Verbindungen zwischen den Dörfern des Syrtals wie z.B. der Weg, den die Gemeinde Schuttrange zwischen Übersyren und Schuttrange-Village angelegt hat.
- Systematische Beschilderung der Fahrradwege mit entsprechenden Informationen. Diese fehlen z.B. zwischen Übersyren und der Anbindung an den PC 06 nach Echternach.
- Bei der Erneuerung von Straßen muss unbedingt Raum für den Langsamverkehr –Fußgänger und Fahrräder – mit eingebracht werden!

Es wurden aber auch Besichtigungen angeboten die Einblicke in Produktionsbereiche gewährten, die normalerweise unzugänglich sind. Der Besuch der Bio-Bäckerei Scott war beispielsweise so eine Gelegenheit, genauso wie die Bio-Ziegenkäserei Baltes oder die Milchwirtschaft und Fleischerzeugung auf dem Heedhaff.

Fühlen, schmecken und riechen auf dem Biohof Baltes in Stegen. Nach vielen Erläuterungen seitens des Hausherrn, der Besichtigung des Hofes, dem Melkstand und der Käserei langten die 25 Besucher gerne zu.

Tiere auf der Weide des Heedhaff bei Junglinster.

Die Produktion von Photovoltaikmodulen in Foetz ist einmalig in Luxemburg und die Besichtigung war äußerst interessant.

Mit großem Interesse meldeten sich ebenfalls sehr viele Leute für die Besichtigungen im Rahmen der "Grünen Hausnummer" an. Obwohl bei diesen Terminen, gemäß dem Prinzip der Aktion (cf. letzte Seite) eher eine globale umweltbewusste Einstellung im Vordergrund stand, nutzten viele die Gelegenheit, sich über Niedrig- und Passivhaustechnik zu informieren.

Klimaschutz in der EU und in Luxemburg: Kyoto – Ziele noch lange nicht erreicht

Die Europäische Union, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur EEA, hat rezent die offiziellen Zahlen der Treibhausgasemissionen für das Jahr 2006 veröffentlicht. Diese zeigen deutlich auf, dass weder die EU als Staatengemeinschaft, noch Luxemburg als einzelnes Mitglied ihre verpflichtenden Ziele in punkto Klimaschutz bis jetzt erreichen konnten. Eine Stellungnahme des Mouvement Ecologique.

Aus den veröffentlichten Zahlen (www.eea.europa.eu) ergibt sich, dass die 15 „alten" EU-Mitgliedsstaaten ihre Treibhausgasemissionen im Jahr 2006 zusammen um nur rund 2,7% gegenüber dem Referenzjahr 1990 gesenkt haben. Verpflichtet hat sich die EU-15 allerdings auf –8% für die Jahre 2008 - 2012.

Dank der neuen Mitgliedsländer ergibt sich für die heutige EU-27 ein Minus von 7,7% gegenüber 1990. Zwischen 2005 und 2006 verringerten sich die Emissionen dabei um 0,3% oder 15 Millionen Tonnen CO2-Equivalente. Vor allem private Haushalte und Geschäfte/Büros haben, dank auch eines milden Winters, dazu beigetragen, die schädlichen Treibhausgase in diesem Zeitraum zu reduzieren.

Die EU ist damit weit davon entfernt, ihre Klimaschutzziele auch nur annähernd zu erreichen. Und Luxemburg macht dabei eine besonders schlechte Figur. Hatte unser Land sich im Kyoto - Abkommen dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis 2012 um 28% gegenüber 1990 zu senken, so sieht die Realität ganz anders aus: Gegenüber 1990 stieß Luxemburg im Jahr 2006 sogar 1,2% mehr CO2-Equivalente aus. Und eine Trendwende ist nicht in Sicht, vor allem wegen des starken Verkehraufkommens in und um Luxemburg.

Allerdings: Die Schuld an der negativen Entwicklung der luxemburgischen CO2-Emissionen alleine dem Tanktourismus in die Schuhe schieben zu wollen, gilt nicht! Auch der nationale Treibstoffverbrauch ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, genauso wie auch der Energieverbrauch in anderen Sektoren wieder nach oben zeigt.

Luxemburg reiht sich damit in die Gemeinschaft der europäischen Klimasünder ein, eine Tatsache welche nicht nur dem Welt-Klima, sondern auch der luxemburgischen Staatskasse teuer zu stehen kommt. In der Tat wird Luxemburg gezwungen sein, Ausgleichszahlungen für die verfehlten Kyoto-Ziele zu tätigen.

Dabei wäre es sicher sinnvoller verstärkt z.B. in den Ausbau des Öffentlichen Transports, in Altbausanierung oder Produktion von Erneuerbaren Energien zu investieren, als im Ausland Geld in sogenannte CDM (Clean Development Mechanism) Projekte zu stecken, deren Klimaschutzeffizienz von vielen angezweifelt wird.

Mouvement Ecologique fordert deshalb die luxemburgische Regierung auf, dem Klimaschutz auf nationaler Ebene endlich die volle politische Priorität einzuräumen. U.a. der progressive Ausstieg aus dem Tanktourismus, gekoppelt an eine nachhaltige Steuerreform bleiben unerlässlich, auch um die öffentlichen Finanzen auf eine solide und nachhaltige Basis zu stellen. Eine zaghafte Reform der Autosteuer, an sich richtig aber doch eher von symbolischem Wert, reicht dazu noch lange nicht aus. Hingegen muss eine eingehende Prüfung aller Unterfangen auf ihre Klimarelevanz zum Standard der luxemburgischen Regierungsarbeit werden.

Zur Erinnerung: Weltweit wird angestrebt, die Erhöhung der Durchschnittstemperatur auf maximal 2 Grad Celsius zu beschränken. Dafür müssten die Treibhausgasemissionen bis 2020 weltweit um wenigstens 30%, viele Wissenschaftler meinen sogar um mehr als 50% reduziert werden. Die reichen Industrieländer, darunter Luxemburg und die EU, können es sich einfach nicht mehr erlauben so zu tun, als würden sich die Probleme Treibhausgasemissionen und Klimawandel von selbst und zum Nulltarif lösen.

Die Ursachen des Klimawandels aktiv zuhause angehen und zugleich solidarisch mit den Entwicklungs- und Schwellenländern agieren muss endlich zum Leitmotiv der heutigen und der zukünftigen Regierung(en) werden.

"D'Geschicht vum Minett gehéiert net op den Tipp!"
Terrasse des Hauts Fourneaux – monument industriel en péril

Rezent war der «Fonds Belval» Koorganisator eines Kolloqiums «Documenter et promouvoir la culture industrielle: expériences et perspectives ». Doch während in Referaten angesehene (in)nationale Gastredner zum Wert der Industriekultur, wurde auf Esch-Belval zeitlich die Hochofenterrasse seit Monaten weiter konsequent zerstört. Dies veranlasste den Mouvement Ecologique Regionale Süden und die "Amicale des Hauts-Fourneaux" eine Pressekonferenz zu organisieren und eine symbolische Aktion vor Ort durchzuführen. Wir veröffentlichen Auszüge aus der Stellungnahme:, die detaillierte Fassung finden Sie auf www.oeko.lu

Trotz politischer Versprechen ....

Minister F. Biltgen und Staatssekretärin O. Modert hatten versprochen, die denkmalschützerische Inwertsetzung von Esch-Belval würde sich an fachlich und gesellschaftlich begründeten Zielsetzungen bzw. einem entsprechenden Gesamtkonzept orientieren. (...)

... geht die Salami-Taktik des Abrisses unaufhaltsam voran

Doch genau das Gegenteil ist der Fall! Im Widerspruch zu zahlreichen Versprechen wurden in den vergangenen Monaten weitere Kernelemente der Anlage abgeräumt bzw. zerstört, so u.a. folgende: Roheisentransport und Torpedowagen und Schlackenhumpen, ganzes Schienennetz, verschiedene Begehungs- und Arbeitsbühnen, zwei Hydraulikzentralen, Roheisen-Notgießbett und Sandkasten, Mannschaftsräume und Magazine, Granulierkräne und Elektroräume, geschlossene Hochofen-Kühlwasserkreisläufe mit Pumpenhaus, Luftwasserkühler- und Leitungsgassystem (ohne die ein Hochofenbetrieb nicht denkbar ist).

Und es soll noch weiter gehen mit der Zerstörung u.a. folgender Kernstrukturen: Die Schlackengranulierung, wo die flüssige Schlacke zu feinkörnigem Schlackensand "Crässi" granuliert wurde;
Weitere Teile der Gießhalle, Reservewasserbecken, Fuel-Eindüsungsanlage, Schwarze Massehalle. Eine Hälfte der Möllerei (Inneneinrichtung) von Hochofen A. Gerade zu zynisch mutet die Tatsache an, dass 5 Tage vor dem Fachsymposium mit der Zerstörung von umgebenden Teilen der Fundamente von Hochofen C begonnen wurde. Das Gleiche gilt für den „Highway", der laut Masterplan als industriegeschichtliches Zeugnis in seiner Gesamtheit erhalten werden sollte (als Fusswegverbindung zwischen dem Bahnhof und der „Maison du Savoir". Der „Highway" wurde dennoch zum Teil zerstört und soll nun stückweise z.T. durch „virtuelle Artefakte" ersetzt werden...

Das Resultat wird kein „monument dans la cité" sein, wie das Kulturministerium vorgaukelt, sondern leere Hülsen einer bedeutsamen Industriegeschichte, ohne funktionalen Zusammenhang...

Fehlender Freiraum durch zu hohe Baudichte reduziert Hochöfen auf städtische Dekorationselemente

Doch auch die urbanistische Entwicklung des Gebietes wirft Fragen auf. (...) Derzeit ist eine derart kompakte Bebauung direkt an den Hochöfen geplant ("Maison de l'Innovation"), so dass ein notwendiger Freiraum fehlt, ohne den die verbleibenden Teile von Hochofen A und B urbanistisch regelrecht „erdrückt" werden.

In einer freien Tribüne (Uni-News) prangern Forscher den zu hohen Flächennutzungs-Druck in diesem Bereich an und bedauern, dass „in der ohnehin sehr dicht bebauten Cité des Sciences" keine großzügigeren Freiräume erhalten bleiben, die „die industriegeschichtlichen Elemente besser zur Geltung kommen lassen" .

Authentizität des geplanten Universitäts-Campus zunehmend in Frage gestellt

Derzeit erfolgt somit eine zunehmende „Banalisierung" des Standortes durch das, aus denkmalschützerischer und urbanistischer Sicht widersinnige Vorgehen des „Fonds Belval" , das den Vorgaben des „Masterplanes" entgegen läuft. Dies wird letztlich dazu führen, dass das „Einmalige", das Besondere des zukünftigen Standortes der Universität Luxemburg verloren geht. Statt der Suche nach einem Konsens werden hier Tag für Tag vor Ort vollendete Tatsachen vom „Fonds Belval" geschaffen.

Noch ist es nicht zu spät – ehrliches und dringendes Handeln der Politik ist geboten !

Der Mouvement Ecologique und die „Amicale des Hauts-Fourneaux" richten einen letzten dringenden Appell an die politisch Verantwortlichen – sowohl Kulturminister F. Biltgen, Staatssekretärin O.Modert, aber auch an die Gemeindeverantwortlichen von Esch – dem unverantwortlichen Treiben des « Fonds Belval » Einhalt zu gebieten und ein fachlich begründetes Denkmalschutzkonzept auf den Tisch zu legen! Sie fordern die Universität Luxemburg auf, sich für den Erhalt der Authentizität ihres zukünftigen Standortes einzusetzen.

Wir fordern:

- Moratorium der Abrissarbeiten am Hochofen A und der peripheren Elemente;
- Für die Erstellung eines denkmal-schützerischen Gesamtkonzeptes
- Erstellen des Teilentwicklungsplanes (PAP) erst nach Vorliegen dieser Daten
- Endlich einen offenen Dialog aller Akteure herbeiführen.

mouvement écologique

Mouvement Ecologique a.s.b.l.

6, rue Vauban L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal

Tel.: 43 90 30-1 Fax: 43 90 30-43

Mail: meco@oeko.lu www.oeko.lu

OekoZenter Lëtzebuerg: Neubesetzung in der ökologischen Bauberatung

Das OekoZenter Lëtzebuerg verfügt bekanntlich über eine ökologische Bauberatung, die im Rahmen einer Konvention mit dem Wohnungsbauministerium funktioniert. Im Absprache mit dem „Info Logement"-Service des Ministeriums, das sich an Privatpersonen richtet, liegt der Schwerpunkt im OekoZenter eher auf Pilotprojekten im ökologischen Wohnungsbau, die strukturelle Entwicklungen fördern.
So wurde in den letzten Jahren Pionierarbeit in den Themenbereichen „Altbausanierung" sowie „Passivhausbau" geleistet. Diese Arbeiten, die eine konkrete Beratung, einzelne Pilotprojekte sowie eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zum Ziel hatten, stießen auf eine starke Nachfrage von vielen Seiten.

Architektin (im doppelten Sinne) dieser Arbeit der ökologischen Bauberatung im OekoZenter Lëtzebuerg war seit vielen Jahren Christiane Conrady. Durch ihre konsequente Arbeit hat sie ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag zu der Weiterentwicklung sowohl der Altbausanierung wie auch des Passivhausbaus in Luxemburg geleistet. Christiane hat durch ihre Fachkompetenz und ihre Konsequenz die Ausrichtung des Zentrums massgeblich geprägt und wesentliche Impulse im Bereich ökologisches und energetisches Bauen gegeben. Ein herzliches Dankeschön! Christiane Conrady führt nun diese Arbeit an einer neuen Arbeitsstelle durch, wofür Ihr viel Glück und Stehvermögen gewünscht sei.

Ihre Stelle wurde von April an von Stephan Hain übernommen. Ebenfalls Architekt von Beruf wird er in Zukunft versuchen, neue Akzente in der Bauberatung zu setzen, im Besonderen in der Verbindung von nachhaltigem und sozialem Wohnungsbau. Stefan Hein wird daneben Projekte wie die „Gréng Hausnummer" bzw. die wohnungsbaulichen Aspekte der Oekofoire betreuen.

Verleihung der 1."Gréng Hausnummer" in Luxemburg: Ökologisches Bauen ist attraktiv und zukunftsweisend

Das Ministerium für Wohnungsbau, das OekoZenter Lëtzebuerg und der Mouvement Ecologique verliehen am 16. Juni die ersten "Gréng Hausnummeren" in den Gebäulichkeiten der "Fondation de l'Architecture et de l'Ingénieurie".

Im September 2007 wurde das Projekt "Gréng Hausnummer" vom Wohnungsbauministerium, Mouvement Ecologique und OekoZenter Lëtzebuerg, in Zusammenarbeit mit dem Umwelt- und Wirtschaftsministerium gestartet. Bereits auf der damaligen Oekofoire stiess das Projekt auf gro225es Interesse.
Die Organisatoren freuten sich, dass bereits ein halbes Jahr nach Projektbeginn 36 Hausbesitzer mit einer „Gréng Hausnummer" auszeichnen zu können. Das ist- im Vergleich zu ähnlichen Projekten im Ausland- eine sehr hohe Anzahl an Hauseigentümern. Ökologisches Bauen ist die Bauform der Zukunft schlechthin.

Dies in mehrfacher Hinsicht: Angesichts steigender Energiepreise, der drohenden Klimaveränderungen, der Knappheit von Gas und Erdöl heisst es alle Chancen zu nutzen, um Energie einzusparen und auf erneuerbare Energien zu setzen. Genau hier setzt die „Gréng Hausnummer" ein Zeichen.

Der Ressourcenverbrauch generell ist diesbezüglich ein weiterer Themenschwerpunkt. Und nicht zuletzt: Angesichts der Zersiedlung der Landschaften und der Mobilitätsprobleme gewinnt auch der Aspekt des Bodenverbrauchs und die Anbindung von Wohngebieten mehr und mehr an Bedeutung.

Dass auch Wohnen auf "kleineren" Flächen sehr attraktiv sein kann dokumentiert das Projekt eindrucksvoll. Auch die Nähe zu einer Bushaltestelle, beziehungsweise ein gute Anbindung an den öffentlichen Transport, können durchaus als ein Merkmal von Lebensqualität gewertet werden.

Darüber hinaus möchte das Projekt die zahlreichen Vorteile nachhaltigen Bauens aufzeigen aber vor allem, all jene Privatpersonen symbolisch belohnen, die als Pioniere bereit waren, in Luxemburg Häuser nach diesen nachhaltigen Standards auszurichten.

Die Personen, welche nun die „Grüne Hausnummer" erhielten, vermitteln einerseits Mut und Lust auf zukunftsweisende Wohnformen und motivieren andererseits zum Nachahmen durch den Vorbildcharakter ihrer jeweiligen Wohnungen.

Das Projekt „Grüne Hausnummer" möchte aber auch, dank einer detaillierten Checkliste und einer ausführlichen Informationsbroschüre, all jene unterstützen, die ihr Haus phasenweise umgestalten wollen und anstreben, die „Grüne Hausnummer" vielleicht erst mittelfristig zu erhalten. Durch konkrete Tipps soll es jedem ermöglicht werden, diesen Kriterien progressiv zu entsprechen. Und das Projekt zeigt deutlich: Jeder hat die Möglichkeit, sein Haus ökologisch umzubauen. Es bleibt zu hoffen, dass durch die ausgezeichneten Hauseigentümer zahlreiche Nachahmer gefunden werden. Einen herzlichen Dank an alle Teilnehmer !

Falls Sie sich ebenfalls für eine "Gréng Hausnummer" interessieren, dann fordern Sie die Broschüre und die Checkliste an und machen Sie den Test, wie gut Ihr Haus in Bezug auf Nachhaltigkeit abschneidet. Im Herbst findet eine weitere Verleihung statt! Wer weiss, vielleicht gehören Sie zu dann dazu...

Alle Informationen gibt es ebenfalls auf der Homepage www.grenghausnummer.lu, wo auch einige der ausgezeichneten Häuser präsentiert werden.

OEKO ZENTER lëtzebuerg

OekoZenter Lëtzebuerg a.s.b.l.

6, rue Vauban
L-2663 Luxembourg/Pfaffenthal

Tel.: 43 90 30-1
Fax: 43 90 30-43

Mail: oekozenter@oeko.lu, meco@oeko.lu
www.oeko.lu